



SWR2 Wissen Spezial

Wohin Europa seine Bauern lenkt

Aus der Reihe: Unser künftig Brot (4/10)

Von Werner Eckert

Sendung: Samstag, 3. August 2019, 8:30 Uhr

(Erstsendung: Samstag, 9. Juni 2018)

Redaktion: Gabor Paal

Regie: Günter Maurer

Produktion: SWR 2018

Die europäische Agrarpolitik entstand als Reaktion auf den Hunger der Nachkriegszeit. Doch die Probleme heute sind ganz andere: Naturzerstörung und Massentierhaltung. Bis heute schafft es Europa nicht, die Agrarpolitik entsprechend zu reformieren.

SWR2 Wissen können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:
<http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/wissen.xml>

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Die neue SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIFT

Intro:

Unser künftig Brot

Ansage:

Wohin Europa seine Bauern lenkt. Von Werner Eckert.

Sprecherin:

Am Anfang waren Mangel, Not und Hunger. Nach den verheerenden Schlachten und Bombenflügen des Zweiten Weltkrieges lag Europa am Boden. Der Berliner Oberbürgermeister Otto Ostrowski klagte damals, im Hungerwinter 1946/47:

O-Ton Otto Ostrowski:

Eine bis aufs Äußerste von Kälte und Hunger gemarterte Stadt. Das ist wirklich das Schicksal Berlins in diesem langandauernden, grauenvollen Winter. Wir können nicht mehr, helft uns, rettet uns!

Sprecherin:

Und nicht nur Berlin war betroffen. Charles L. Jackson, Gouverneur der Militärregierung für den Stadtkreis Stuttgart beklagte im August 1945 den Schwarzhandel mit Nahrungsmitteln und appellierte an die Bevölkerung:

O-Ton Charles L. Jackson, darüber Übersetzer:

Es gibt noch etwas, worum ich alle Frauen von Stuttgart bitte: Sie sollten alles in Dosen und Gläser konservieren, was sie nur können. Wir dürfen uns kein zu rosiges Bild über die Versorgung im kommenden Winter machen. Sie sollten alles, was möglich ist, für diese Zeit haltbar machen. Das wird ihnen und ihren Familien zugutekommen.

Sprecherin:

Wer die heutige europäische Agrarpolitik verstehen will, muss sich diese Szenen aus der Nachkriegszeit vor Augen halten. Der Weg aus dem damaligen Jammertal des Mangels führte im Lauf der Jahrzehnte über den Butterberg und die Rindfleischhalde in die Quotenebene und schließlich Richtung Weltmarkt. Am Ende steht eine Agrarproduktion, die den Ansprüchen von Verbrauchern und Gesellschaft kaum gerecht wird. Die aber auch die Bauern nicht glücklich macht – und reich schon gar nicht. Und eine Politik, die den Bauern in ärmeren Ländern schadet. Die Kritik an dieser Politik ist umfassend und eint alle Beteiligten. Selbst die EU-Kommission ist sich dessen bewusst. Agrarkommissar Phil Hogan:

O-Ton Phil Hogan, darüber Übersetzer:

Es ist eine überkomplexe Politik. Und darüber hinaus erreicht sie nicht das, was wir mit Blick auf Umwelt und Nachhaltigkeit wollen. Schließlich haben wir seit 2013 auch eine Menge neuer internationaler Abkommen: den Klimabeschluss von Paris, die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und das UN-Ernährungsabkommen. Wir müssen unsere Politik also erneuern, um diesen internationalen Verpflichtungen

Rechnung zu tragen, damit die gemeinsame Agrarpolitik hilft, die Ziele, die da aufgestellt werden, zu erreichen.

Sprecherin:

58 Milliarden Euro gibt die Europäische Gemeinschaft im Jahr für die Landwirtschaft aus. Und dennoch geben viele kleinere Bauern auf, dennoch werden die Äcker größer und die Landschaft ärmer. Dennoch werden die Nahrungsmittel gleichförmiger und – bei sauberer technischer Qualität – weniger vielfältig und charakteristisch. Defizite überall. Und daraus erwächst Handlungsdruck. Martin Häusling, Koordinator der Grünen im Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments:

O-Ton Martin Häusling:

Wir haben viel weniger Bauern. Weder die Bauern sind zufrieden, noch hat diese Agrarpolitik der letzten Jahre für die Umwelt etwas gebracht. Also wir müssen dringend etwas ändern.

Sprecherin:

Alexander Müller vom Rat für Nachhaltigkeit der Bundesregierung wird konkreter: Es sei wissenschaftlich bewiesen, dass die Landwirtschaft weltweit für 60% des Verlustes der Artenvielfalt verantwortlich sei.

O-Ton Alexander Müller:

Ohne die Veränderung der Landwirtschaft werden wir die Ziele im Artenschutz nicht erreichen können. Und wir alle wissen, dass die Anpassung an den Klimawandel biologische Vielfalt voraussetzt. Und wir laufen in einen Teufelskreis hinein: Landwirtschaft vernichtet biologische Vielfalt, die Landwirtschaft selbst braucht aber biologische Vielfalt, um sich an den Klimawandel anzupassen, und deswegen muss Artenschutz und Landwirtschaft zusammen gedacht werden.

Sprecherin:

Die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union ist umstritten, seit es sie gibt. Wer verstehen will, warum sie ist, wie sie ist, der muss noch einmal zurückgehen, in die Nachkriegs-Zeit. Der Mangel war nämlich nicht nur ein kurzfristiger Kriegsschaden. Er hatte strukturelle Ursachen. General Lucius D. Clay, Militärgouverneur der amerikanischen Zone, erklärt, warum es nach dem Krieg nicht sofort wieder genügend zu essen geben konnte:

O-Ton Lucius D. Clay, darüber Übersetzer (Archivton):

Die Grundursache liegt darin, dass die Zone niemals genügend Nahrung für ihre Bevölkerung erzeugt hat. Nun ist die Bevölkerung im letzten Jahr um fast 2 Millionen Personen angewachsen. Es ist zwar mehr Land angepflanzt worden als je zuvor. Aber die Knappheit an Düngemitteln und landwirtschaftlichen Maschinen macht es außerordentlich schwierig, eine volle Produktion zu erreichen.

Sprecherin:

Die Bevölkerung, Einheimische wie zugewanderte Flüchtlinge sollten satt werden. Das war die oberste Prämisse. Die Bauern sollten sich Dünger und Maschinen

leisten können, um die Produktion zu erhöhen. Und deshalb setzte die Militärregierung und später die deutsche Regierung die Preise für die bäuerlichen Produkte fest.

Deutschland kam aus einer Phase der Autarkie. Ein Land, das sich selbst versorgte und von allen Weltmärkten abkoppelte. Das war die Ideologie und damit auch das Erbe des sogenannten Dritten Reiches. Dieses Denken traf bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – der EWG – auf die französische Philosophie. Frankreich setzte nicht auf Selbstversorgung, sondern auf Handel. Und die Landwirtschaft war dort der wichtigste Exportsektor. Die Bauernhöfe waren modern und vergleichsweise produktiv. Konrad Adenauer, der damalige Bundeskanzler, und der französische Präsident Charles De Gaulle fanden Kompromisse. Adenauer vor der Unterzeichnung der römischen Verträge 1957 bei der Landung in der italienischen Hauptstadt:

O-Ton Konrad Adenauer:

Ich bin mit großer Freude nach Rom gekommen. Der Anlass ist ja ein sehr großer, einer für alle Europäer gleich wichtiger und wie ich hoffe segensvoller.

Sprecherin:

Für die gemeinsame Agrarpolitik wurden die Ziele formuliert: Sie solle die Produktion ankurbeln, genug preiswerte Nahrung für die Bevölkerung sicherstellen und gleichzeitig für gute Einkommen der Bauern sorgen. Die Einigung zwischen den deutschen und den französischen Ansprüchen war einfach: Beide bekamen, was sie wollten: garantierte Preise für jedwede Menge. Die Einladung zur Massenproduktion. In der Folgezeit entstanden Marktordnungen für fast alle Produkte. Und das Ritual der jährlichen Preisverhandlungen in Brüssel. Es war fast wie der Tarifstreit in der Industrie – nur dass hier nicht Arbeitgeber mit Arbeitnehmern stritten, sondern Agrar-Unternehmer mit dem Staat. Bauerndemonstrationen waren an der Tagesordnung. Edmund Rehwinkel, langjähriger Präsident des Deutschen Bauernverbandes 1967 beim Bauerntag in Dortmund:

O-Ton Edmund Rehwinkel:

Wir protestieren gegen das Festhalten unserer Preise durch die bisherige Einfuhr- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. (Jubel von Bauern) Wir protestieren dagegen, dass man uns seinerzeit auf den Weg der Ausgleichssubventionen verwiesen hat und dann die Verheißungen des Landwirtschaftsgesetzes nicht erfüllt worden sind. (Erneut Jubel)

Sprecherin:

Trotzdem aber produzierten die Bauern längst mehr, als gebraucht wurde. Angetrieben von Preiserhöhungen von teilweise 10% pro Jahr. Das Zeitalter der Überschüsse begann. Persifliert in der Illustrierten STERN im Jahr 1986:

Zitator Stern (Archivton):

Es ist wahr, dass die EG-Kommission in Brüssel beschlossen hat, 60.000 Tonnen drei Jahre alter Kühlhausbutter an Kälber verfüttern zu lassen. Unwahr ist allerdings, dass die daraus zu erwartende Überproduktion an Kalbfleisch nach dreijähriger Lagerung als Kalbsgehacktes an Hühner verfüttert werden soll. Und unwahr ist auch,

dass die Eier dieser Hühner dann der europäischen Bevölkerung zur Verfügung stehen werden, um damit die Mitglieder der EG-Kommission zu beschmeißen.

Sprecherin:

Mitte der 1980er-Jahre waren die finanziellen Mittel erschöpft, um die unbegrenzten Mengen, die die Bauern produzierten, für teures Geld aufzukaufen und verbilligt wieder am Weltmarkt abzustoßen. Das führte immer wieder zu Handelskonflikten mit starken Partnern wie den USA und in den schwächeren Volkswirtschaften der Entwicklungsländer dazu, dass die einheimische, bäuerliche Landwirtschaft verdrängt wurde. In der alten Bundesrepublik türmten sich Butterberge, die für ein ganzes Jahr ausreichten. Alleine 1992 wurden in der EU 850.000 Tonnen Rindfleisch aufgekauft und tiefgefroren. Kosten: 4,4 Milliarden D-Mark. Der Liedermacher Reinhard Mey hat die absurde Situation damals in ein Lied verpackt:

Musik Reinhard Mey:

Wir ha'm 'nen Butterberg, und auch 'nen Milchsee ha'm wir schon,
Und eine Schweinelawine überrollt die Nation,
Mit der Überschußvernichtung ha'm wir unsre liebe Not,
Und Opa Bölke hat nicht mal die Margarine fürs Brot.
Ist das nicht eine Schande, in diesem, unsrem Lande!

Sprecherin:

Diese Politik führte nicht nur zu Überschüssen. Sie konnte auf der anderen Seite auch den tiefgreifenden Strukturwandel in der Landwirtschaft nicht aufhalten. 1990 gab es nur noch halb so viele landwirtschaftliche Betriebe wie 1970. Trotz der hohen Agrarpreise. Denn: Hohe Preise nutzen vor allem den Großen. Sie haben niedrigere Kosten und damit unterm Strich viel mehr in der Kasse. Sie können mehr investieren und damit ihren Vorteil weiter ausbauen.

Doch das ist nur die halbe Wahrheit: Bauer sein ist durchaus nicht immer ein Traum. Und in Zeiten des Wirtschaftswachstums waren Jobs bei IBM oder bei der Post besser bezahlt und bequemer als die Schwerstarbeit auf dem Acker und die unbezahlten Überstunden im Kuhstall. Zudem machte die Mechanisierung an vielen Stellen schlicht menschliche Arbeitskraft überflüssig. Der Befund: eine teure und wirkungslose Politik. Erneut brach an diesem Punkt der alte Gegensatz zwischen den deutschen Autarkisten und den französischen Welthändlern wieder auf. Deutschland kämpfte für Quoten – und konnte sie für Milch auch durchsetzen. Quote bedeutete: Die Menge an Milch wurde künstlich verknappt, um die Preise hoch halten zu können. Ignaz Kiechle, der CSU-Agrarminister 1986, ermunterte die Milchvieh-Betriebe:

O-Ton Ignaz Kiechle:

Fahrt die Produktion runter!

Sprecherin:

Dagegen wollten andere in der Europäischen Gemeinschaft die Märkte öffnen, Zölle und Importbeschränkungen abbauen und die Preise an den Weltmarkt heranzuführen. Die Bauern sollten als Ausgleich und nur für eine begrenzte Zeit zusätzliche Hilfen bekommen, damit sie sich an den freien Markt und seine Bedingungen anpassen

könnten. Frans Andriessen, Agrarkommissar von 1985 bis 1989, war ein Vertreter dieser Schule. Und er packte tief in die Kiste der historischen Anspielungen, wenn er die entgegengesetzte Haltung der Bundesregierung kritisierte. Von einer „splendid isolation“ sprach er, von Autarkiedenken.

O-Ton Frans Andriessen:

Das kann nicht für ein Land wie die Bundesrepublik die Endlösung eines Problems sein.

Sprecherin:

Frans Andriessens Formulierung von der „Endlösung“ war natürlich eine kalkulierte Provokation. An anderer Stelle sagte er:

O-Ton Frans Andriessen:

Es scheint mir auch nicht sehr klug, nur EINE Antwort auf die gestellten Probleme zu geben: die Preise hoch und die Grenzen fest geschlossen.

Sprecherin:

Eine sehr direkte Anlehnung an das Horst-Wessel-Lied – und das vor Hunderten von Bauern, von denen er annehmen durfte, dass viele es noch in ihrer Jugend gesungen hatten. Der Kompromiss gipfelte 1992 in der Agrarreform unter Kommissar Ray MacSharry. Und er war von gleicher Art wie bei der Gründung der gemeinsamen Agrarpolitik: Beide Seiten konnten wesentliche Ziele durchsetzen: Orientierung Richtung Weltmarkt – aber dafür die Zusage, dass die niedrigeren Preise dann durch direkte Einkommensübertragung ausgeglichen werden würde, und zwar nicht vorübergehend, sondern unbegrenzt. Außerdem blieben für Milch und Zucker die Quotenbeschränkungen erhalten. Ein bisschen was von jedem. Das Argument der Bundesregierung war dabei immer: Nur so sind eine intakte Umwelt und viele Bauern zu erhalten. Der „bäuerliche Familienbetrieb“ war über Jahrzehnte und ist bis heute die Ikone dieser Politik. Bundeskanzler Helmut Kohl feierte sie so:

O-Ton Helmut Kohl:

Wir bejahen eine gesellschaftspolitische Ordnung, in der der bäuerliche Familienbetrieb selbstverständlich seinen Platz hat. Die Bauern stehen für eine ganz bestimmte gesellschaftspolitische Ordnung. Sie stehen für das Prinzip Eigentum, und das Prinzip Eigentum ist für mich immer verbunden mit dem Prinzip Freiheit. Beides gehört unlösbar zueinander. Ein Land ohne den bäuerlichen Familienbetrieb wäre nicht mehr unsere Bundesrepublik Deutschland nach unserer Vorstellung.

Sprecherin:

Was verbirgt sich hinter der Worthölse vom bäuerlichen Familienbetrieb? Es ist die Vorstellung: Bauern sind so etwas wie Handwerker, Freiberufler. Und ganz ähnlich wie diese Gruppen ziemlich heterogen und in der Struktur Wandlungen unterworfen. Fast alle sind mit ihren Betrieben gewachsen, mancher zum veritablen Mittelständler aufgestiegen. Der Druck zu wachsen ist bei vielen Bauern sogar noch größer, weil sie in vielen Fällen nicht – wie die gewerblichen Kollegen in Deutschland – auf Qualitätsführerschaft setzen können, sondern als Produzenten von austauschbarer Rohware wie Milch und Weizen auf Kostenführerschaft.

Immer mehr immer billiger zu produzieren, war und ist für viele der einzige Weg, um zu überleben. Das hat zu großen Betrieben geführt, aber auch zu einer immer hemmungsloseren Ausbeutung der Natur.

Ein Fanal: Atrazin im Grundwasser. Der Unkrautvernichter fand sich Mitte der 80er-Jahre in vielen Trinkwasserbrunnen. Ein großes Monitoring machte erstmals deutlich, dass der ständige Einsatz von Pestiziden nachhaltige Folgen haben kann. Vor allem in Baden-Württemberg mit seinem starken Maisanbau in der Rheinebene war das ein Problem. Und von dort kam auch der Gedanke, Umweltschutz als neue Einkommensquelle für die Bauern zu erschließen. Der damalige Ministerpräsident Lothar Späth erfand den „Wasserpfennig“:

O-Ton Lothar Späth:

Mir scheint eine Überlegung notwendig zu sein, die den bäuerlichen Betrieb anders beurteilt als nur als Agrarproduzent. Wenn wir diese Kulturlandschaft erhalten wollen, dann müssen wir eine Überlegung anstellen, ob uns das nicht wert ist, einen Teil der Rohstoffe, die wir aus dieser Natur beziehen, mit einer Art Abgabe zu versehen, zur Sicherung der Erhaltung, indem wir den Landwirten einen Ausgleich geben dafür, dass sie diese extensive Bewirtschaftung machen können, trotzdem ihre Substanz erhalten können und dass wir dann eben sagen: Dies muss die Volkswirtschaft im Gesamten tragen.

Sprecherin:

Der Vorwurf vieler Kritiker: Damit werde das Verursacherprinzip auf den Kopf gestellt. Statt den Bauern den Stoff zu verbieten, kriegten sie Geld, wenn sie weniger davon verwendeten. Dieser Vorwurf gilt bis heute. Und auch die Probleme bleiben ähnlich. Was damals Atrazin war, ist heute Glyphosat.

Trotzdem: Die Integration der Umweltziele der Europäischen Gemeinschaft in die Landwirtschaftspolitik ist essentiell geworden. Reformen in immer kürzeren Abständen prägen das Bild. Und immer mehr musste die Landwirtschaft auf gesellschaftliche Forderungen eingehen: Tierwohl und gesunde Produkte. Nicht nur rückstandsfrei, sondern wertvoll und inhaltsreich. Alexander Müller, ehemals stellvertretender Generaldirektor der Welternährungsorganisation FAO und jetzt Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung, plädiert für einen neuen Gesellschaftsvertrag für die Landwirtschaft.

O-Ton Alexander Müller:

Man wird die Nachhaltigkeitsziele global und auch in Deutschland nur mit einer anderen Landwirtschaft erreichen können. Das heißt, wir brauchen einen Interessenausgleich zwischen Umwelt und Landwirtschaft – das ist der klassische Konflikt –, aber auch mit der Frage, wie ernähren sich die Menschen zukünftig? Diabetes Typ II, Übergewicht ist eines der am schnellsten wachsenden Gesundheitsprobleme. Und da wird man mit dem innerlandwirtschaftlichen Blick zu keiner Problemlösung kommen. Die Probleme sind zu groß, zu komplex, und es braucht den Dialog aller, um zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft zu kommen.

Sprecherin:

Das ist der Versuch, die EU-Agrarpolitik herauszuholen aus der Serie fortlaufender Reparatur-Reformen, die seit 1992 nicht abgerissen ist. Die Kunst für die Agrarkommissare war es dabei vor allem, das Geld zwar formal nach einem jeweils neuen Prinzip zu verteilen, aber doch immer so, dass es bei den Gleichen ankommt. Irgendwann wurden Ausgleichszahlungen nicht mehr für die Menge – also pro Tonne – gezahlt, sondern pro Hektar – also für die Fläche. Und doch hat sich im Wesentlichen nichts daran geändert, dass 20% der Subventionsempfänger 80% des Geldes bekommen. Das System belohnt Großbetriebe und Investoren. Die Besitzer von Land – und nicht die Menschen, die es bewirtschaften. So bekommt etwa das englische Königshaus Millionen aus den Brüsseler Kassen. Oder ein Beispiel aus Deutschland: Hier erhält der Eigentümer einer großen Optiker-Kette gut 600.000 Euro aus dem Agrarbudget.

Der Leitsatz für die derzeitigen Reformbemühungen lautet: Subventionen nur noch für Leistungen, die die Gesellschaft will und für die es keinen Preis am Markt gibt. „Public money for public goods“ heißt das neudeutsche Schlagwort dafür. Alexander Müller.

O-Ton Alexander Müller:

Wir werden bestimmen müssen, welche Ziele mit öffentlichen Mitteln durch die Landwirtschaft erreicht werden. Es ist ja nicht so, dass der Markt alles bestimmt, sondern es gibt einen Ordnungsrahmen für den Steuerzahlergeld – viel Steuerzahlergeld – in die Hand genommen wird, um die Landwirtschaft unterstützen. Einige landwirtschaftliche Betriebe haben 40-50% ihres Einkommens aus öffentlichen Mitteln. Da ist es doch ganz legitim zu fragen: Welche Landwirtschaft wollen wir, wie soll das aussehen? Und ein ‚weiter so‘ hat niemand als Rezept und niemand als Lösung für die augenblicklichen Probleme der Landwirtschaft im Plan.

Sprecherin:

Doch wieder zeigt sich: Was DIE Gesellschaft will, ist gar nicht so klar. Die Vorstellungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten sind durchaus unterschiedlich, die Wünsche an eine Reform entsprechend auch. Und die Methode von einst – nämlich allen alles geben –, das funktioniert in Zeiten knapper Kassen längst nicht mehr. Die Bedingungen für die nächste Reform sind so schwierig wie noch nie, sagt Alexander Müller:

O-Ton Alexander Müller:

Erster Grund: Brexit. Es wird Geld fehlen. Zweiter Grund: Osteuropa will ähnliche Landwirtschaftssubventionen haben wie Westeuropa. Dritter Grund: Südeuropa will das auch haben. Das heißt: Es wird zu einem Verteilungskampf kommen, der nach den bisherigen Mechanismen nicht gelöst werden kann.

Sprecherin:

Eine schwierige Situation. Der amtierende Agrarkommissar Phil Hogan versucht zudem weiter den Spagat, gleichzeitig beste Qualität und hohe Mengen erlauben.

O-Ton Phil Hogen, darüber Übersetzer:

Die gemeinsame Agrarpolitik ist Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik. Wir müssen natürlich wettbewerbsfähig sein. Wir müssen die Kosten niedrig halten, um im globalen Wettbewerb mit Südamerika oder den USA mithalten zu können. Wir erwarten von der Landwirtschaft, dass sie hohe Standards einhält. bei Umwelt, den Produkten und beim Tierwohl. Das erhöht die Produktionskosten. Es ist wichtig, dass Europa als die beste Adresse für hohe Qualität wahrgenommen wird. Es gibt wachsende Nachfrage nach unserer Ware, und das ist die Richtung, in die wir weiter gehen müssen.

Sprecherin:

Martin Häusling, Bauer und Agrarexperte der Grünen im Europaparlament, widerspricht:

O-Ton Martin Häusling:

Ich halte Agrarmärkte grundsätzlich nicht für globalisierungsfähig...

Sprecherin:

...sagt er. Und: Die Ausrichtung auf den Weltmarkt sei gegen die Wand gefahren.

O-Ton Martin Häusling:

Man hat auf Masse gesetzt, auf Weltmarkteroberung und billig produzieren, und dieses Konzept ist doch völlig gescheitert. Das heißt, wir müssen wieder dahin gehen, tatsächlich für den europäischen Markt Qualität zu erzeugen und nicht mit den USA oder Neuseeland um die globalen Märkte zu ringen. Wer profitiert denn davon auch in Brasilien? Das sind ja immer dieselben Strukturen, das sind große Unternehmen, Großgrundbesitzer, aber nicht die Campesinos, die genauso ums Überleben kämpfen wie in Deutschland die Kleinbauern.

Sprecherin:

Tatsächlich hat die EU über Jahrzehnte ihre Überschüsse in aller Welt abgeladen. Auch in Entwicklungsländern. Das hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Kleinbauern dort Absatzmärkte verloren haben. Legendär sind die Exporte von Hähnchenteilen, die in afrikanischen Staaten wie Ghana oder Kenia die heimische Erzeugung verdrängt haben. Die EU hat zwar 2013 aufgehört, solche Exporte auch noch zu unterstützen, die Ausfuhrhilfen wurden abgeschafft. Aber: Nach wie vor bekommen die europäischen Bauern ja Geld pro Hektar. Und deshalb können sie billig erzeugen. Die ärmeren Staaten können sich solche Hilfen nicht leisten, ihre Landwirte sind deshalb chancenlos. Eine ganz andere Agrarpolitik sei nötig, sagt der Grüne Agrarspezialist Häusling und skizziert sie so:

O-Ton Martin Häusling:

Die Bauern müssen umweltgerecht wirtschaften, sie müssen auch in Zukunft die Anforderung der Klimapolitik beachten, und dafür muss die Gesellschaft dann auch bereit sein, Geld zu zahlen. Und wenn jemand tatsächlich als Großbauer Hähnchenteile produziert und will die global vermarkten, dann kann er das ja weiterhin machen. Nur dann muss die Gesellschaft nicht noch dafür bezahlen.

Sprecherin:

Die Bauern sehen in solchen Vorschlägen die schiere Planwirtschaft.

Das Problem: Was ist, wenn den Verbrauchern das amerikanische Flanksteak besser schmeckt als das Rumpsteak aus der Eifel? Was ist, wenn sie sich im Zweifel für günstige Importware entscheiden? Wenn der Bauer am Ende zwar Geld für die Landschaftspflege bekommt, für den Verzicht auf Pestizide, wenn er aber seine Produkte nicht mehr verkaufen kann? Joachim Rukwied, der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, äußert das immer wieder:

O-Ton Joachim Rukwied:

Verbraucherinnen und Verbraucher entscheiden letztendlich. Studien belegen eben immer wieder, dass auch bei Lebensmitteln rund 80% der Kaufentscheidungen anhand des Preises getroffen wird. Und im Bio-Segment ist eben auch festzustellen, dass die Zuwächse, die wir in den letzten Jahren im Biosektor verzeichnen konnten, dass die hauptsächlich im Lebensmitteleinzelhandel erfolgt sind, also im Preissegment, wo eben auch Bio-Produkte günstig angeboten werden.

Sprecherin:

Ungelöst die alten Probleme der EU. Ein bisschen mehr Markt, ein bisschen mehr Geld für Umwelt, ein wenig Ausfuhrhilfe, eine Prise Einfuhrkontrolle. Es ist ein kompliziertes und gleichermaßen fragiles System.

Bei der anstehenden Reform ist wohl unstrittig, dass sie die Landwirtschaft wieder ein gutes Stück weiter Richtung Umwelt führen muss. Phil Hogan, der amtierende EU-Agrarkommissar, ist unzufrieden mit dem so genannten „Greening“, das sein Vorgänger gerade eingeführt hatte. Unter dem Druck der Lobby ist – wie schon oft – aus dem durchaus sinnvollen Konzept durch Sonderregelungen und Ausnahmen ein hochbürokratisches Monster geworden, das der Umwelt nicht nutzt, bemängeln Kritiker.

Aber Hogan scheint auch nicht zu wissen, wie er eine umweltgerechtere Politik gegenüber den Bauern und den Mitgliedsstaaten durchsetzen soll. Er macht aus der Not eine Tugend und ist bereit einen Grundpfeiler der europäischen Einigung, nämlich die gemeinsame Agrarpolitik, zu schwächen oder gar zu opfern.

O-Ton Phil Hogan, darüber Übersetzer:

Brüssel sollte eigentlich nicht Bäume zählen, Randstreifen bewerten oder den Abstand zu Gewässern ausmessen. Das genau hat die bisherigen Regelungen zu kompliziert gemacht, sagen die Mitgliedsstaaten und die Bauern. Deshalb habe ich die Staaten aufgefordert, eigene Vorschläge auszuarbeiten, wie sie EU-weite Ziele erfüllen wollen. Alles, was sie planen, muss aber durch die EU-Kommission genehmigt werden. Die Mitgliedsstaaten müssen darlegen, dass sie damit die EU-einheitlichen Ziele auch erfüllen. Das können 10 oder 12 verschiedene Ziele sein. Die Staaten sind also in der Pflicht, die gemeinsamen Ziele konkret umzusetzen. Wenn wir das schaffen, werden wir mehr erreichen, und wir kommen von dieser Überregulierung weg, die so viele Probleme macht.

Sprecherin:

Was Phil Hogan vorschlägt, läuft mehr oder minder auf eine Re-Nationalisierung hinaus, kritisiert Martin Häusling und warnt vor gravierenden Folgen.

O-Ton Martin Häusling:

Dann kann ich mir gut vorstellen, wie das dann in den Mitgliedsländern aussieht: Der mit den geringsten Standards wird das Tempo bestimmen, weil dann wieder alle sagen werden: ‚Ja, wir können ja nicht mehr Auflagen machen den Bauern, weil im Nachbarland gibt’s weniger Auflagen‘. Das heißt: Der Schlechteste wird das Tempo bestimmen. Also ich sehe das so, dass ein Gutteil der Verantwortung von Brüssel abgeschoben wird in die Mitgliedsländer nach dem Motto: “Wir kriegen das hier in Brüssel nicht hin, dann macht das doch selber.“

Sprecherin:

Die gemeinsame Agrarpolitik ist ein Grundpfeiler der Europäischen Union. Die Landwirtschaft war einer der ersten Sektoren, in denen sie Verantwortung übernommen hat. Trotz der großen Unterschiede im Denken und in der Produktion haben die Mitgliedsstaaten bis heute daran festgehalten. Sie werden entscheiden müssen, ob das so bleibt.

Hunger und Mangel sind in Europa längst kein Thema mehr. Die Herausforderungen heute sind völlig andere: Überdüngung, Bodenzerstörung, Artenschwund und schlechte Bedingungen in der Tierhaltung zum Beispiel. Obwohl das seit mindestens 25 Jahren klar ist, konnten sich die Mitgliedsstaaten bis heute jeweils nur auf Reformen in Gänseschritten einigen.

Die sogenannte „moderne“ Landwirtschaft ist dabei, unsere Lebensgrundlagen, Boden, Klima und biologische Vielfalt, schwer zu schädigen. Die Gesellschaft zahlt noch dafür.

* * * * *